

Anfrage

der vom Vorarlberger Landtag entsandten Bundesräte (Jürgen Weiss, Edgar Mayer und Ing. Reinhold Einwallner)

an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie

betreffend Aufbau einer Alpentransitbörse

Im Regierungsprogramm wurde in Aussicht genommen, mit den österreichischen Nachbarn am Aufbau einer Alpentransitbörse zu arbeiten. Damit würde auch der am 22. Juni 2006 von der Europäischen Kommission vorgestellten Aktualisierung des Weißbuches Verkehr und der Alpenkonvention mit ihrem Bekenntnis zu marktkonformen Anreizen für die Lenkung des Verkehrs Rechnung getragen. Mit der Alpentransitbörse soll eine begrenzte Anzahl von Fahrten über die Alpen auf die verschiedenen Übergänge und Werkstageverteilt und dann über eine internetgestützte Börse gehandelt werden. Damit wird das ökologische Ziel eines besseren Schutzes der Alpenregionen und ihrer Bewohner mit einem marktwirtschaftlichen Instrument verbunden. Auf diese Weise soll der Schwerverkehr in den Alpen auf ein für Mensch und Natur erträgliches Maß reduziert und die Verlagerung des Güterfernverkehrs auf die Bahn verstärkt werden.

Besonders weit entwickelt sind diese Überlegungen in der Schweiz, sodass es nahe liegt, auf den dort erarbeiteten Grundlagen aufzubauen. Abgesehen davon ist es entsprechend der Zielsetzung im Regierungsprogramm sinnvoll, eine gemeinsame Vorgangsweise aller Alpenländer und das notwendige Einvernehmen mit der EU anzustreben.

Daher richten die unterzeichneten Bundesräte an den Herrn Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie folgende

Anfrage:

1. In welcher Weise wird an dem im Regierungsprogramm verankerten Aufbau einer Alpentransitbörse gearbeitet?
2. Wie wird das Einvernehmen mit den Nachbarstaaten und der Europäischen Union hergestellt?
3. Bis wann ist mit konkreten Ergebnissen für die angestrebte Alpentransitbörse zu rechnen?

